

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Alban Werner:
Was tun gegen die AfD?



J. Bischoff/B. Müller:
Mitte und Normalarbeit



G. Peter/A. Georg: Selbst-
WertGefühl und Arbeit 4.0

E. Schleitzer: Das Geschäft
mit den alten Menschen

Forum
Gewerkschaften

Rixinger, Ernst, Arenz/
Dreibus, Wendl: LINKE



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Der Skandal



Flüchtlingsdeal versus Pressefreiheit: diese Entscheidung ist ein Skandal. Die Bundeskanzlerin, die schon gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten das »Schmähgedicht« des Satirikers Jan Böhmermann als »bewusst verletzend« bezeichnet hat, »ermächtigte« die Justiz nun gegen diesen vorzugehen. ...

»Brexit« oder EU-Reform?



In Großbritannien beginnt die offizielle Kampagne für das EU-Referendum, über das am 23. Juni abgestimmt wird. Es sieht nach einem knappen Abstimmungsergebnis aus. Die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft Großbritanniens haben in den letzten Wochen aufgeholt. ...

Oh, wie schön ist Panama



Die »Panama Papers« sind das Resultat einer großen internationalen Recherche, bei der Journalisten aus über 80 Ländern mehr als elf Millionen Dokumente zu Briefkastenfirmen analysiert haben. Deren Auswertung zeigt, dass viele im Auftrag von aktuellen und früheren Staatschefs, weiteren Spitzenpolitikern sowie Prominenten eingerichtet und betreut wurden. ...

Kalter Staatsstreich?

»Die ganze politische Klasse ist involviert«
Camila Moreno im Gespräch mit Ulrich Brand
über die aktuelle Situation in Brasilien 2

AfD und Schutzsuchende: Was tun?

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Rechtspopulismus, das »wahre Volk« und Fremdenfeindlichkeit 8
Alban Werner:
Wie man die AfD bekämpfen sollte – und wie nicht 12

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:
Flüchtlingsmigration: eine Chance zur Stärkung des Gemeinwesens 16

Die Folgen wachsender Ungleichheit

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Schrumpfende Mitte und Normalarbeit 22

Welche Strategien braucht die Linke?

Bernd Riexinger: Für eine Revolution der Gerechtigkeit. Herausforderungen der LINKEN im Kampf gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus 28

Klaus Ernst: Eine Linke, die die Machtfrage nicht stellt,
macht sich überflüssig 36

Horst Arenz/Werner Dreibus: AfD-Wähler – alles Nazis aus der Mitte?
Thesen zu aktuellen Debatten in der Partei DIE LINKE 39

Michael Wendl: Linker Nationalismus und konservative Kapitalismuskritik
(zu Sahra Wagenknechts neuem Buch »Reichtum ohne Gier«) 43

Forum Gewerkschaften

Arno Georg/Gerd Peter: SelbstWertGefühl und Arbeit 4.0
Wie man bei einer neuen Humanisierungslogik ansetzen sollte 47

Otto König/Richard Detje: Tarifpolitik für alle
Den Sinkflug der Tarifbindung stoppen 53

Erhard Schleitzer: Das Geschäft mit den alten Menschen
Investmentgesellschaften dominieren die Altenpflege 57

Aus der Geschichte lernen

Jörg Wollenberg: Le Vernet war ihr Schicksal
Willy Gengenbach und die vergessenen Spanienkämpfer im KZ Le Vernet 63

Claus Armann: Frauen gemeinsam sind stark!
(zu Ingrid Baucher, »Tschikweiber haums uns g'nennt«) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 65

Veranstaltungen & Tipps 68

Klaus Schneider: Wild (Filmkritik) 69

AfD-Wähler: Alles Nazis aus der Mitte?

Thesen zu aktuellen Debatten in der Partei DIE LINKE

von | Horst Arenz und Werner Dreibus



Am 23.4.2016 vor dem Bürgerzentrum in Waiblingen (Foto: dpa)

»Wir müssen endlich die Ängste der Menschen ernst nehmen und uns mit ihnen auseinandersetzen, statt sie zu bekämpfen.« (Bodo Ramelow, *Thüringer Allgemeine*, 9.4.2016)

Der große Wahlerfolg der AfD bei den drei Landtagswahlen am 13. März, der deutliche Stimmenverlust der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt und ihr erneut schlechtes Abschneiden in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben den Strömungsstreit in der LINKEN auf eine neue Stufe gestellt. Die Partei verliert am stärksten an die AfD: In Baden-Württemberg (BW) 22.000 von 28.000 Stimmen insgesamt, in Rheinland-Pfalz (RP) 11.000 von 15.000, in Sachsen-Anhalt (ST) 29.000 von 49.000 (Hoff/Kahrs/Stahl 2016: 34).

In der überfälligen Debatte befinden sich alle Strömungen im Suchmodus, der nur dann weiterführt, wenn ein Mindestmaß an Offenheit und Pluralität

sichergestellt ist und Ausgrenzung vermieden wird.

Partei der Mitte? Zur Sozialstruktur der AfD-Wählerschaft

Die Erosion der Mittelschicht und deren Abstiegsängste sind ein Fakt, krass in den USA, abgeschwächter hierzulande. Dennoch greift die *exklusive* Verortung des Rechtspopulismus bei der »unteren Mittelschicht«¹ zu kurz.

■ Die AfD ist in allen drei Bundesländern mit einem Anteil von knapp 50% Wahlsieger bei den vormaligen Nichtwählern, die sich wie folgt verteilen: CDU 13%, SPD 23%, FDP 9%, LINKE 2%, AfD 46% (ebd.). Die Wahlbeteiligung ist deutlich gestiegen, in ST um zehn Prozentpunkte. Die AfD hat dazu beigetragen, einen Teil der ärmeren Haushalte, die bekanntlich kaum noch wählen gehen, wieder zur Stimmabgabe zu motivieren.

- Die AfD erzielt den größten Zugewinn unter Arbeitern und Arbeitslosen: für BW/RP/ST bei Arbeitern 28/23/35%, bei Arbeitslosen 30/25/36%, dagegen bei Angestellten »nur« 16/11/21% (ebd.: 36).
- Exemplarisch zeigen die Wahlergebnisse im Mannheimer Norden einen hohen Zugewinn der AfD bei ärmeren Haushalten, sichtbar am Anteil der Haushalte an Grundsicherung, Hartz IV und Langzeitarbeitslosigkeit. In

Horst Arenz ist seit 2005 Mitarbeiter der Linksfaktion im Bundestag, zurzeit ehrenamtlich bei Axel Troost. Werner Dreibus ist Mitbegründer der WASG. Er war von 2005-2013 Mitglied der Linksfaktion im Deutschen Bundestag und ihr Gewerkschaftlicher Sprecher und von 2010 - 2012 einer der beiden Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE.

¹ Hierzu Joachim Bischoff: »Der rechte Populismus ist keine Bewegung der Armen, sondern eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden kapitalistischen Gesellschaften.« (Sozialismus 4/2016: 10). Zur Wählerschaft der AfD stützt sich Bischoff im Wesentlichen auf Umfragen vor der Landtagswahl im März 2016.

den Stadtteilen Schönaus und Waldhof mit der höchsten Quote in diesen Kategorien erreicht die Partei die besten Wahlergebnisse (Stadt Mannheim 2016). Entsprechendes zeigt sich in Halle und Ludwigshafen.²

Die Kategorien Arbeiter und Arbeitslose umfassen natürlich ganz unterschiedliche Einkommensgruppen. Der Soziologe Heinz Bude differenziert die AfD-Wählerschaft in »Dienstleistungsproletariat« und die »unteren, verbitterten Teile der Mitte« (*Die Welt*, 31.3. und *Deutschlandfunk*, 14.3.). Man muss nicht so weit wie die Bielefelder Rechtspopulismus-Forscher-Innen gehen, die ermitteln: »Mit höherer Schulbildung sinkt die Neigung zum Rechtspopulismus recht deutlich. Ärmere Befragte neigen eher zum Rechtspopulismus, gefolgt von denjenigen mit mittlerem Einkommen und den vergleichsweise geringsten Zustimmungswerten bei wohlhabenden Befragten.« (Zick/Küpper 2015) Horst Kahrs (2016) ist zuzustimmen, wenn er die AfD als *eine Partei »der unteren Hälften der Bevölkerung«* versteht.

»Ängste ernst nehmen«? Bewusstseinslage der AfD-Wähler

Dass die *Partei AfD* ausländerfeindliche, rassistische und nationalistische Positionen vertritt und den Hass im Lande schürt, liegt auf der Hand. Dies gilt sicherlich auch für Teile ihrer *Wählerschaft*. Vereint mit der Zivilgesellschaft muss die politische Linke dagegen zu Felde ziehen und den reaktionären, anti-zivilisatorischen Charakter des Rechtspopulismus bloßstellen. Zu einer Politik der offenen Arme gegenüber Schutzsuchenden gibt es keine Alternative. Namhafte Figuren aus dem rechtspopulistischen Umfeld wie Jürgen Elsässer, Marc Jongen oder Götz Kubitschek mit ihren engen Verbindungen zur »Identitären Bewegung«, ihrer Kritik von rechts am Neoliberalismus und ihrem Loblied auf kleine Einheiten der Selbstversorgung zielen letztlich auf die Abschaffung der pluralistischen Demokratie. Das Potential an Bedrohung der Demokratie muss aber über die politischen Köpfe der Bewegung hinaus auch in den gesellschaftlichen Bewusst-

seinsstrukturen (z.B. in der Zunahme von Rücksichtslosigkeit) gesucht werden. Verfehlt wäre es allerdings, hier das Aufkommen eines neuen Faschismus zu entdecken.

Vor allem sollte die Engführung vermieden werden, die AfD-Wählerschaft undifferenziert als rechtsextrem abzutun.³ Der Exponent des »Reformerflügels« der LINKEN, Jan Korte mit Direkt-Bundestagsmandat in Halle, macht die 25% AfD-Wähler in Sachsen-Anhalt in Gänze zu Flüchtlingsfeinden (Korte 2016). Wir halten es für einen Fehler, zwischen der Partei AfD und deren Wählerschaft nicht zu unterscheiden. Deren »Protestwahl« richtet sich massiv gegen Flüchtlinge, aber auch gegen reale soziale und politische Missstände. Die Motive eines Teils sogenannter Protestwähler der AfD wenden sich gegen zu geringe staatliche Transferleistungen, steigende Mieten, unsanierte Schulen, fehlende Lehrkräfte, lange Schlangen vor den Bürgerämtern und gegen Selbstbedienung und Versagen der »politischen Klasse«. Die Menschen registrieren, dass plötzlich viel Geld da ist, das ihnen seit Jahren verweigert wurde. Das Gefühl von – von der Bundesregierung zu verantwortender – sozialer Ungerechtigkeit wird dadurch verstärkt.⁴

Hinzu kommt: In breiten Teilen der Bevölkerung existiert zu Recht Skepsis hinsichtlich der Durchsetzbarkeit internationaler Vereinbarungen. Der Eindruck kostenträchtiger Regierungsgipfel, bei denen außer Selbstdarstellung wenig bis nichts an substantiellen Beschlüssen herauskommt, hat eine reale Basis, besonders in Richtung EU. Deren Krise zeigte sich schon in der Finanzkrise und eskaliert bei der Verteilung von Flüchtlingen. So wichtig es ist, auf internationaler Ebene alles Erdenkliche zur Wahrung oder Wiederherstellung des Friedens, vor allem zur Stärkung der UN-Hilfsorganisationen zu unternehmen, so sehr muss die Linke auf diese Skepsis eine Antwort finden.

Ein weiteres Moment wäre zu berücksichtigen: Nach einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach fürchten 79% der Befragten eine Zunahme von Kriminalität durch Flüchtlinge (Köcher 2016). Für einen solchen Zusammenhang existieren zwar

keine empirischen Belege. Fakt ist jedoch, dass Wohnungseinbrüche in acht Jahren um 50% gestiegen sind, bei einer Aufklärungsquote in Großstädten von unter zehn Prozent. Auch die wachsende Distanz zu politischen Parteien, zur »Demokratie der Besserverdienenden« und zum Rechtsstaat hat eine reale Basis.

AfD-WählerInnen zurückgewinnen?

Der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn, lehnt es ab, um die Rückgewinnung von Teilen der AfD-Wählerschaft zu kämpfen (Höhn 2016). Wir halten dies für falsch. Zu Recht weist der Co-Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, darauf hin, dass »diese Menschen nicht alle rassistisch oder nationalistisch« sind (in dieser Zeitschrift und ND, 21.3.). Eine Politik, die auf »Entlarvung« von Faschismus, Rassismus und Xenophobie oder gar (wie die Berliner Antifa) auf die Verhinderung von AfD-Parteitagen fokussiert, ist eher Ausdruck eines hilflosen Antifaschismus. »20 Prozent Wähler kann man nicht ausgrenzen« (Bude 2016).

Die entgegengesetzte Spielart, ausländerfeindliche und nationalistische Stimmungen mit dem Ziel aufzugreifen, ein weiteres Abdriften der Wählerschaft nach rechts zu stoppen, ist abwegig. Mit der Thematisierung von Kapazitätsgrenzen, dem »Lob der Grenze« (Sloterdijk), werden Stimmungen bedient und der Rechtsruck befördert. Das gleiche gilt für die Behauptung, Merkels Flüchtlingspolitik sei der Grund für den AfD-Aufstieg. Sahra Wagenknechts These, »Merkel verantwortet den schlimmsten Rechtsruck nach 1945« (*Die Welt*, 22.3.), ist eine irreführende Überzeichnung.

Fest steht aber auch, dass die Bundesregierung zu wenig leistet, um die geschilderten Missstände im Lande zu beheben. Die Reaktion von Merkel auf Gabriels Forderung eines Sozialpakets im Zusammenhang der Flüchtlingskrise, die Regierung habe genug getan, ist eine dreiste Provokation. Es gibt im Lande zuhauf Anlass, wie Ramelow das »unträgliche Missverhältnis« zwischen der Willkommenskultur der Kanzlerin und

den dazu nötigen Mitteln anzuprangern (*Tagesspiegel*, 15.3.). Wer die Ängste vieler Menschen aufgreifen will, muss u.a. ein »überzeugendes Integrationskonzept« (Kipping/Riexinger) entwickeln, das die von der Austeritätspolitik unmittelbar Betroffenen und die Flüchtlinge gleichermaßen einbezieht. Zu Recht wird von der Parteiführung der LINKEN und in Anträgen der Bundestagsfraktion der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit mit der Forderung nach einer von der Regierung zu gebenden Sozialstaatsgarantie verbunden. Das unterscheidet sie von der Flüchtlingspolitik der Partei der Besserverdienenden, den Grünen.

Ist Merkels Flüchtlingspolitik sakrosankt?

Die Kanzlerin hat sich im Sommer 2015 mit ihrer Willkommenskultur um das Land und um Europa verdient gemacht und damit einen wichtigen Beitrag gegen den aufkommenden Rechtspopulismus geleistet. Aktuell ist allerdings von Willkommenskultur wenig zu spüren, Merkels Forderung nach Rückführung der Flüchtlinge in Idomeni und der »Türkei-Deal« stellen eher das Gegen teil dar. Ärzte ohne Grenzen, Pro Asyl, UNHCR u.a. kritisieren den Deal. Deutschland wird von den in die EU zurückzuführenden syrischen Flüchtlingen

in 2016 nur 1.600 übernehmen (Berliner Zeitung, 22.4.), gegenüber dem Vorjahr eine Reduktion um den Faktor 600. Der Türkei-Deal lässt offen, was mit den Flüchtlingen aus bzw. in Afghanistan, Irak, Jordanien, Libyen, Sudan etc. passieren soll und wie mit dem neuen/alten Transitland Italien umzugehen ist. Die Verteilung der syrischen Flüchtlinge aus der Türkei in die EU und das Schicksal der 50.000 in Griechenland im Schlamm versinkenden Flüchtlinge ist ungeklärt. Stattdessen betreibt die Bundesregierung die Rückführung von Flüchtlingen nach Afghanistan und Libyen mit der absurden Behauptung, sie seien jetzt sichere Herkunftsländer. Merkels Beharren auf europäischen, statt nationalen Lösungen ist richtig. Der Deal mit der Türkei kann das Problem mildern, ihn als alternativlos⁵ für die europäische Lösung zu präsentieren, stößt aber auf Misstrauen. Die Linke muss über die Ebene vermeintlicher Nothilfemaßnahmen hinausgehen und sich mit Vorschlägen⁶ befassen, die mit Menschenrechten, UN-Konventionen und dem Asylrecht übereinstimmen. Wer die an die AfD verlorene Wählerschaft zurückgewinnen will, muss auch kritische Aspekte der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin ansprechen.

Den Streit weiter zuspitzen?

Alle Flügel der LINKEN haben mit den drei Landtagswahlen ein Desaster erlebt. Der in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz dominierende linke Flügel ist zum wiederholten Mal an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, der Reformer-Flügel steht in Sachsen-An-

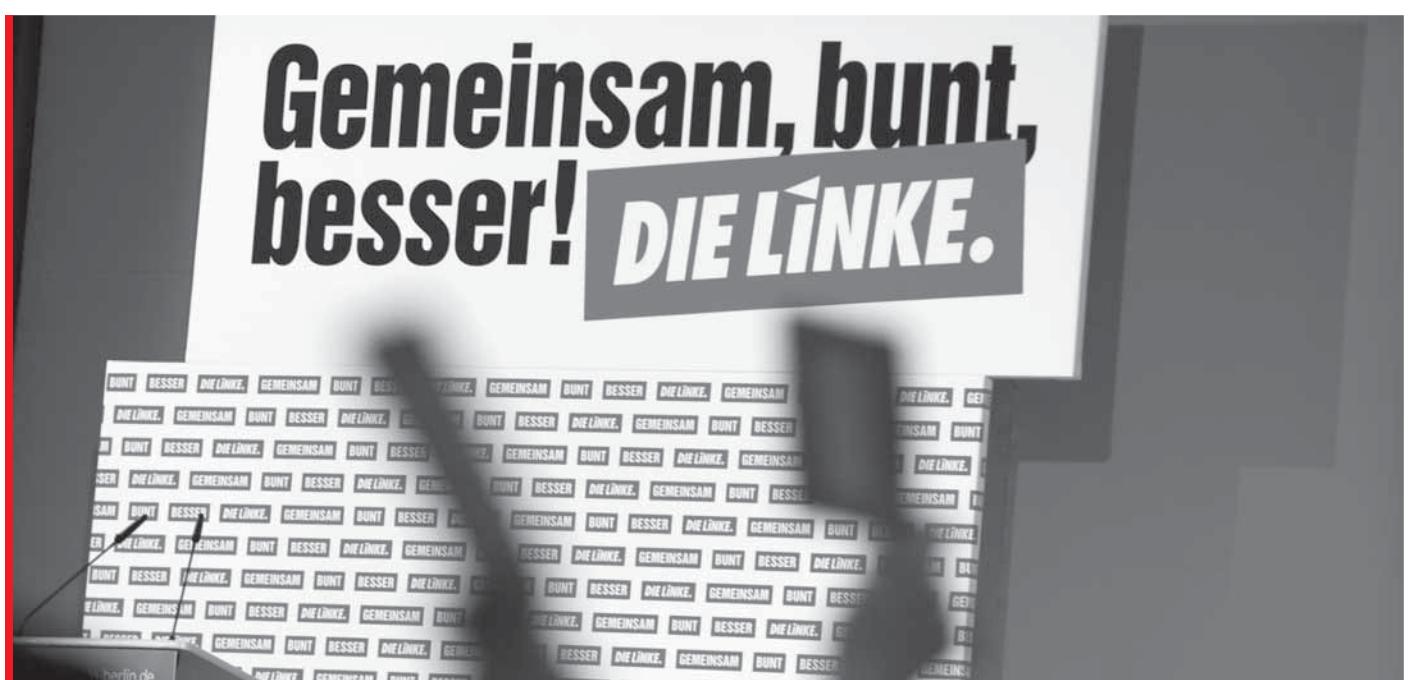
² Halle Südliche Neustadt (jeweils Zweitstimmen): AfD 30,7% (Ø Stadt gesamt 21,8%), Arbeitslosigkeit 17,4% (Ø 8,7%), Kinderarmut 63,9% (Ø 34,7%), im gesamten Wahlkreis 35 ist DIE LINKE gegenüber 2011 um 10,7 Prozentpunkte auf 20,8% eingebrochen; S. Bernd 2014 sowie <http://ris.halle.de/wahlen/jstlw2016/stadtteil/daten/index.html>; Ludwigshafen West: AfD 25% (Ø 19,9%), Grundsicherung 30% (Ø 15,2%), Arbeitslosigkeit 9,5% (Ø 4%). www.ludwigshafen.de/buergernah/politik/wahlen/landtagswahl/.

³ Einen Vorschlag zum nichtsektiererischen Zugang zur AfD-Wählerschaft hat Alban Werner (2016) gemacht.

⁴ »Wenn die Menschen nur die Erfahrung machen, dass der zu verteilende ‚Kuchen‘ gleich bleibt, ... werden Verteilungskämpfe über Spaltungen und Rassismus ausgetragen.« (Kipping/Riexinger: Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie! Berlin 2016)

⁵ Siehe Bischoff/Müller: »Zu Recht hält der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn die Einigung mit der Türkei ... für derzeit alternativlos.« (Die Europäische Lösung des Flüchtlingsproblems, in: Sozialismus 4-2016: 36).

⁶ Gesine Schwan (2016) hat vorgeschlagen, die Dublin-Verträge abzulösen durch die Registrierung als »EU-Flüchtlinge« und den aufnahmewilligen EU-Ländern (wie z.B. Portugal) Finanzmittel über europäische Infrastrukturlanleihen bereitzustellen, die über die EIB begeben und gehebelt werden. Dies wäre zu verknüpfen mit der Kürzung von EU-Mitteln für die Aufnahme verweigernde Ländern. DIE LINKE hat diesen Vorschlag bislang nicht aufgegriffen.



Landesparteitag am 11.3.2016 in Berlin (Foto: dpa)

halt und Brandenburg (-8,6% in 2014) vor einem Scherbenhaufen. Die Partei im Osten leidet unter altersbedingter Auszehrung, in Ostberlin findet man Ortsverbände mit 50 Mitgliedern, von denen zwei unter 70 sind, und Bezirksverbände, deren Wählerzuspruch sich in 15 Jahren halbiert hat. In einer jüngsten Umfrage steht die AfD in den ostdeutschen Bundesländern bei 20%, in Berlin bei 13%, dort stehen im Ostteil der Stadt linke Direktmandate auf dem Spiel.

Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Streit in der Partei- und Fraktionsspitze der LINKEN zu sehen. Wir halten es für nicht hilfreich, wenn beispielsweise der stellvertretende Parteivorsitzende Axel Troost (2016) die Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Sahra Wagenknecht, nicht nur wegen ihres Angriffs auf Merkels Flüchtlingspolitik, sondern auch wegen ihrer Forderung kritisiert, man dürfe die AfD-Wähler nicht in die rassistische Ecke stellen und müsse die Ängste der AfD-WählerInnen um Arbeitsplatz, Wohnungen etc. ernst zu nehmen (*Die Welt*, 20.3.) und stattdessen vor der »Bedienung von Ängsten« warnt, ohne auf die Gründe des AfD-Wahlerfolgs, die Motive ihrer Wählerschaft und die Folgen für die eigene Partei einzugehen. Wir befürchten, dass dies die Spaltung und Verselbständigung der Auseinandersetzungen, an der alle Parteiströmungen beteiligt sind, befördern kann.

Der linke Flügel unterstellt seit Jahren, man wolle ihn aus der Partei herausdrängen, während der rechte Flügel behauptet, seinem Kontrapart ginge es nur darum, mit allen Mitteln eine Regierungsbeteiligung zu verhindern. Unter solchen Bedingungen sind sachliche Auseinandersetzungen unmöglich. Unser Aufruf: Angesichts der Bedrohung des Rechtspopulismus müssen die Flügel aufeinander zugehen. Das hieße für die eine Seite, sich endlich auf die realen Durchsetzungsbedingungen linker Politik einzulassen, für die andere Seite z.B. einzuräumen, dass Wagenknecht bei aller notwendigen Kritik richtige Punkte anspricht. So richtig es z.B. ist, auf die europäische Lösung der Flüchtlingsfrage und den Aufbau eines internationalen Regimes gegen sich ausbreitenden Kriege und Bürgerkriege zu setzen, so

wichtig ist es zu skizzieren, wie diese Lösung aussieht und anzuerkennen, dass auch Wagenknecht sich für eine europäische Lösung ausspricht,⁷ und sich kritisch mit ihren konkreten Vorschlägen auseinanderzusetzen.

Es ist eine historische Leistung, dass mit der LINKEN erstmalig eine Partei links von der SPD auf längere Sicht überleben konnte. Ein Bruch würde nicht nur alle Strömungen beschädigen, er würde die Partei vor die Existenzfrage stellen.⁸ Angesichts des Zivilisationsbruchs, der in Österreich und der benachbarten Schweiz, in Ungarn und Polen, in Frankreich, aber auch in solch unterschiedlichen Gesellschaften wie den skandinavischen und der USA stattfindet, ist die deutsche Linke in der Pflicht, den wirklichen Ursachen der neuen Qualität des Rechtsextremismus und -populismus auf den Grund gehen, in nichtsektiererischer Orientierung zusammenzurücken und sich auf wenige überschaubare, in konkrete, symbolisch verdichtete Forderungen gebündelte und realisierbare Botschaften zu verständigen – gegen Austerität, soziale Spaltung, wachsende Dominanz der Finanzmärkte, gegen die »schwarze Null« im Bundeshaushalt und für Stärkung der öffentlichen Infrastruktur, für Solidarität mit Schutzsuchenden und für eine *umsetzbare* europäische Lösung.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow erkennt zu Recht in der Partei »kein Profil«, sondern nur »viele Konzepte« (*Thüringer Allgemeine*, 9.4.). Es geht in der Tat um die *Durchsetzung eines politischen, auf soziale Gerechtigkeit fokussierten Profils in der Öffentlichkeit*, nicht um die Multiplizierung von Papieren.⁹ Die Partei muss sich in diesem Bemühen neben dem Prekarat endlich auch der Mitte der Gesellschaft, dem »Neuen Normalarbeitsverhältnis« (Riexinger) zuwenden. Corbyn, Sanders und Podemos zeigen, dass es geht. Bedingung ist, sich mit Grundtendenzen des Alltagsbewusstseins zu befassen – auch in der Flüchtlingsfrage.¹⁰

Literatur

- Arenz/Dreibus (2011): Leerstellen der Linken, in: Sozialismus 5-2011
Arenz (2014): Brachliegende Potentiale gegen wachsende linke

Skepsis ([www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=15356&tx_ttnews\[backPid\]=6580](http://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=15356&tx_ttnews[backPid]=6580))
Bernt (2014): Kleinräumliche Untersuchung sozialstruktureller Veränderungen in Halle. www.irs-net.de/download/publikationen/Halle_Kleinraeumliche%20Untersuchung%20sozialstruktureller%20Veraenderungen_Endfassung.pdf

Bude (2016): www.welt.de/kultur/article153842092/Merkel-muss-sagen-Ich-schaffe-es-allein-nicht.html
Höhn (2016): www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20160422/die-linke-hoehn-par-teien-haben-akzeptanzproblem
Hoff/Kahrs/Stahl (2016): Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahlnachbericht und erste Analyse, www.rosalux.de/publication/42193/die-ergebnisse-der-landtagswahlen-am-13-maerz-2016.html

Kahrs (2016): Eine erneute Zäsur im Partiensystem, in: Sozialismus 4/2016, S. 5.
Köcher (2016): www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-zeigt-angst-um-innere-sicherheit-steigt-14073805.html

Korte (2016): www.taz.de/!5284749/
Schwan (2016): www.berliner-zeitung.de/politik/gastbeitrag-es-bleiben-drei-optio nen-zur-loesung-der-fluechtlingskrise-23670764
Stadt Mannheim (2016): Ergebnis Landtagswahl Baden-Württemberg 2016 – Stimmkreis Stadt Mannheim, <http://wahlen.mannheim.de/LTW2016/ltw2016-bf.html> sowie: Sozialatlas 2014 (www.mannheim24.de/mannheim/mannheim-sozialatlas-uebersicht-ueber-entwicklung-in-stadtteilen-5924641.html)

Trost (2016): [www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=16465&tx_ttnews\[backPid\]=6580](http://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=16465&tx_ttnews[backPid]=6580)

von Lucke (2016): www.freitag.de/autoren/der-freitag/zeit-fuer-loesungen

Wagenknecht (2016): taz vom 17.4.16, www.taz.de/Wagenknecht-ueber-Rechtspopulisten/!5292976/

Werner (2016): www.sozialistische-linke.de/politik/debatte/1074-wie-afd-bekaempfen

Zick/Küpper (2015): Rechts der Mitte? www.bpb.de/apuz/212353/rechtspopulistische-ueberzeugungen-der-mitte?n=3

⁷ Das Gleiche gilt für Wagenknecht, die nicht sagt, wie ihre »europäische Lösung« realisiert werden soll (Wagenknecht 2016).

⁸ Albrecht von Lucke warnt vor dem Ende der Linkspartei: »Ganz offensichtlich ist es der Partei nicht gelungen, ihren gewaltigen menschenrechtlichen Anspruch mit den Abstiegsängsten in Teilen der eigenen Wählerschaft in Übereinstimmung zu bringen. ... Gelingt es ihr nicht, ... könnte der Aufstieg der Neuen Rechten der Anfang vom Ende der Linkspartei sein.« (von Lucke 2016)

⁹ Siehe André Brie: Wir sind nur eine Papierpartei (<https://digital.freitag.de/#/artikel/wir-sind-nur-eine-papierpartei>).

¹⁰ Zu näheren Ausführungen der Autoren zum Alltagsbewusstsein und zur Profilbildung der Linken s. Arenz/Dreibus (2011) und Arenz (2014).

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonneiere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonneiere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____ Name, Vorname

_____ Straße

_____ Plz, Ort

_____ Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20009 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____ Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de